

SPANIENS LINKE ERSTARKT

ERLEBEN WIR DIE INSTITUTIONALISIERUNG VON PODEMOS ODER EINE RÜCKKEHR DER DEMOKRATISIERUNGSBEWEGUNGEN?

Raul Zelik über Spanien nach den Wahlen vom 20. Dezember 2015

Bei den spanischen Parlamentswahlen am 20. Dezember hat sich die bereits während der Platzbesetzungen der 15M-Bewegung im Jahr 2011 beobachtete Entwicklung weiter fortgesetzt: Die Parteien, die das politische System seit dem Ende der Franco-Diktatur 1976 beherrschten, haben massiv an Glaubwürdigkeit eingebüßt und sind regelrecht implodiert. So kommen die rechtskonservative PP (*Partido Popular*) und die sozialdemokratische PSOE (*Partido Socialista Obrero Español*) zusammen nur noch auf 50 Prozent. Die regierende PP trifft es besonders hart: Sie verliert im Vergleich zur letzten Wahl 16 Prozentpunkte – etwa 3,7 Millionen WählerInnen – und kommt nur noch auf 28,7 Prozent. Als größte Partei vom spanischen Wahlsystem begünstigt, stellt sie in der kommenden Legislaturperiode zwar weiterhin noch 123 (von insgesamt 350 Sitzen), aber kann auch mit den neoliberalen, spanisch-nationalistischen Ciudadanos (Bürger) keine Regierung bilden.

Kaum weniger dramatisch fällt das Debakel der PSOE aus. Die Sozialdemokratie, die eine Schlüsselrolle in der kontrollierten Modernisierung Spaniens nach dem Ende der Diktatur spielte, fährt das schlechteste Ergebnis ihrer Geschichte ein und stellt mit 22 Prozent der Stimmen nur noch 90 Sitze im spanischen Parlament.

Eindeutiger Wahlgewinner ist hingegen die linkspopulistische, anti-neoliberale Bürgerpartei PODEMOS. Die erst 2014 gegründete Organisation, der Anfang des Jahres bei Umfragen noch bis zu 30 Prozent der Stimmen vorhergesagt worden war, hatte im Verlauf des Jahres massiv an Zustimmung eingebüßt, konnte in der Endphase des Wahlkampfes jedoch wieder stark aufholen. Sie kommt auf 20,6 Prozent der Stimmen und wird 69 Sitze im Parlament stellen. Davon entfallen allerdings 27 (bzw. 8 Prozent der gesamtspanischen Stimmen) auf die regionalen Bündnisse *En Comú Podem* (Katalonien), *En Marea* (Galicien) und *Compromís-Podem* (Valencia), die das nationale Selbstbestimmungsrecht ihrer Regionen befürworten und von PODEMOS unabhängige Fraktionen im Madrider Parlament bilden werden.

Deutlicher schwächer als von den Umfrageinstituten vorhergesagt, schneiden die neoliberalen *Ciudadanos* ab. Mit 13,9 Prozent gewinnen sie nur 40 Parlamentssitze. Die Partei, die 2006 als prospanische Bewegung gegen die Autonomie- und Unabhängigkeitsbestrebungen in Katalonien gegründet worden war, tritt nicht nur für die Fortführung einer wirtschaftsliberalen Politik ein, sondern will auch verhindern, dass es zu einer föderalistischen Neuordnung Spaniens oder gar zu einer Loslösung Kataloniens kommt.

Da verschiedene Regionalparteien sowie *Izquierda Unida* insgesamt über weitere 28 Sitze im Madrider Parlament verfügen, kommen praktisch nur eine – von der PSOE allerdings abgelehnte – große Koalition oder aber Neuwahlen in Frage. PODEMOS hat zwar schon am Wahlabend Gesprächsbereitschaft gegenüber der von Korruptionsskandalen gebeutelten Sozialdemokratie signalisiert. Doch die beiden Parteien könnten nur mithilfe der katalanischen und baskischen Parteien regieren, die im Gegenzug die Durchführung eines verbindlichen Unabhängigkeitsreferendums in Katalonien fordern würden. Diese Forderung aber ist in der spanischen Mehrheitsgesellschaft kaum durchsetzbar.

MIT PODEMOS ZUR DEMOKRATISCHEN REVOLUTION?

Vor dem Hintergrund, dass PODEMOS erst im Januar 2014 gegründet worden war und – anders als die rechtspopulistischen *Ciudadanos* – weder von Medienkonzernen noch von großen Unternehmen unterstützt wurde, ist das Wahlergebnis der Partei zweifelsohne beeindruckend. Der Erfolg ist insofern auch überraschend, als PODEMOS nach ihrer Ablehnung einer gesamtspanischen, gemeinsamen Kandidatur mit sozialen Bewegungen und der Linkspartei *Izquierda Unida* im Herbst stark eingebrochen war. Offensichtlich profitierte die Partei in den letzten Wochen vor den Wahlen jedoch massiv von der Unterstützung der seit Mai in vielen Großstädten von Bürgerbündnissen gestellten linken Stadtregierungen. Vor allem die Bürgermeisterin von Barcelona Ada Colau, eine langjährige Aktivistin der radikaldemokratischen *Plataforma de Afectados por la Hipoteca (PAH; Bewegung gegen Zwangsräumungen)*, erwies sich als echter Aktivposten im Wahlkampfendspurt. Mit fünf Millionen Stimmen erhielt PODEMOS fast doppelt so viele Stimmen wie das Linksbündnis *Izquierda Unida* (Vereinigte Linke) bei dessen größtem Wahlerfolg 1996.

Dass der PODEMOS-Erfolg aber nicht nur als Votum gegen die neoliberale Austeritätspolitik zu verstehen ist, zeigt sich daran, dass die Partei ihre mit Abstand besten Ergebnissen in Katalonien (24,7 Prozent), Valencia (25,1 Prozent), Galicien (25 Prozent) und der baskischen Autonomiegemeinschaft (26 Prozent) erzielt. In den drei erstgenannten Regionen trat die Partei in breiten Bündnissen an und profitierte offensichtlich von ihrem Bekenntnis zum Selbstbestimmungsrecht der «anderen Nationen» im Staat. Im Baskenland dürfte das hervorragende Ergebnis zudem auch taktischen Überlegungen vieler WählerInnen geschuldet sein. Der von Madrid blockierte Friedensprozess mit der ETA und eine Lösung für die 500 politischen Gefangenen kann wohl nur mit einer Regierung unter PODEMOS-Beteiligung in Gang kommen.

In Anbetracht der sehr heterogenen Zusammensetzung der PODEMOS-Wählerschaft – die Partei mobilisierte sowohl ProtestwählerInnen als auch eher zentralistische SozialdemokratInnen, sowohl AktivistInnen sozialer Bewegungen als auch Teile der nationalen Minderheiten – lässt sich nicht eindeutig sagen, ob die Strategie der Parteiführung um Pablo Iglesias und Íñigo Errejón tatsächlich aufgegangen ist (und weiter geführt werden kann) oder ob das Ergebnis einer sehr speziellen Konstellation geschuldet ist. PODEMOS war 2014 angetreten, die mit den Platzbesetzungen der 15M-Bewegung sichtbar gewordene Hegemoniekrise in einen politischen Bruch zu übersetzen. Das erklärte Ziel lautete, die Regierung zu stellen, um gemeinsam mit Syriza in Griechenland einen Anti-Austeritätskurs in Europa stark machen zu können. Doch ob dieses Projekt in dieser Form aufrecht erhalten werden kann, ist einigermaßen zweifelhaft. Der Fall Griechenland hat gezeigt, dass die Spielräume von Linksregierungen innerhalb der neoliberal verfassten EU noch weitaus geringer sind als von KritikerInnen befürchtet. Und auch eine innenpolitische Reformperspektive ist nicht eindeutig zu erkennen. Als «rote Haltelinien» für die Verhandlungen festgelegt wurden folgende Forderungen: 1) verfassungsrechtliche Absicherung sozialer Grundrechte, 2) Wahlrechtsreform (zugunsten der kleineren Parteien), 3) neuer Territorialpakt mit den Autonomiegemeinschaften und 4) die Einführung eines Abwahlreferendums gegen Regierungen. In Fragen, die im spanischen Kontext als zentral gelten müssen, hat sich PODEMOS hingegen bei dem Bemühen, sich als staatstragende Kraft zu profilieren und WählerInnen der politischen Mitte zu gewinnen, weit von den eigenen Ursprüngen entfernt. Von einem Bruch mit der Verfassung von 1978 (die von den Gewaltandrohungen der franquistischen Sicherheitsorgane konditioniert war und die tieferen Machtstrukturen der Diktatur unangetastet ließ), war bei PODEMOS zuletzt ebenso wenig die Rede wie von einer weiterreichenden ökonomischen Reformagenda.

Kritisch anzumerken ist zudem auch, dass PODEMOS eine extrem auf ihren Spitzenkandidaten Pablo Iglesias zugeschnittene und auf Publicity-Effekte abzielende Wahlkampagne geführt hat und nun vor der schwierigen Aufgabe steht, aus einer «politischen Marke» (so die von PODEMOS verwendete Eigenbeschreibung) zu einer echten und vor allem demokratischen Organisation zu werden. Als Erbin der 15M-Bewegung hat PODEMOS eigentlich nur als eine Partei der demokratischen Massenpartizipation eine Zukunft. Doch gerade das Prinzip basisdemokratischer Beteiligung hat im vergangenen Jahr keine große Rolle mehr gespielt. Dank eines Wahlverfahrens, das es der siegreichen Liste erlaubte, sämtliche Führungspositionen zu besetzen, hat die Gruppe um Pablo Iglesias und Íñigo Errejón beim Gründungskongress im Herbst 2014 die kritischen Parteiströmungen aus dem 65köpfigen Parteivorstand (*Consejo Ciudadano*) herausgedrängt und einen extrem autoritären Führungsstil etabliert. Dadurch wurde PODEMOS für den Wahlkampf zwar handlungsfähiger, aber der radikaldemokratische Anspruch der Partei wurde zur Farce und die Beziehungen zu den sozialen Bewegungen beschädigt.

Bei aller Begeisterung für das Wahlergebnis darf also nicht übersehen werden, dass sich PODEMOS rasant an die Altparteien angepasst hat und längst nicht so eindeutig für einen grundlegenden Politikwechsel steht, wie es bisweilen den Anschein hat. Durchaus vorstellbar ist, dass PODEMOS mittelfristig die PSOE beerben und zur Demobilisierung der sozialen Bewegungen beitragen wird.

CIUDADANOS (BÜRGER)

Noch ungewisser ist die Zukunft der neuen Rechtspartei *Ciudadanos*. Die Partei war in den vergangenen Wochen von den großen Medien systematisch stark geredet worden und sollte als Koalitionspartner der Rechtskonservativen eigentlich für stabile Verhältnisse sorgen. Da die PP von Korruptionsskandalen gebeutelt wird, distanzieren sich die *Ciudadanos* im Wahlkampf jedoch demonstrativ von der Regierungspartei und forderten eine politische und moralische Erneuerung. Dabei griffen *Ciudadanos* sogar auf eine explizit sozialdemokratische Rhetorik zurück.

Mit der realen Ausrichtung der Partei hatte dieser Wahlkampfkurs allerdings wenig zu tun. Die Partei, die von Spöttern auch als das «Geschöpf des IBEX» (also der börsennotierten Konzerne Spaniens) bezeichnet wird, fühlt sich allzu offensichtlich der Aufgabe verpflichtet, den 1978 zwischen Franquismus und gemäßigten Linken geschlossenen Staatspakt aufrechtzuerhalten. Dieser Aspekt war schon bei der Gründung der Partei 2006 von zentraler Bedeutung gewesen. *Ciudadanos* entstand damals als Regionalpartei in Katalonien, um den spanisch-nationalistischen Teil der Bevölkerung in der Region gegen die wachsenden Autonomiebestrebungen zu mobilisieren. Zumindest vorübergehend wurde die Partei damit auch zum Sammelbecken für spanische Ultrarechte. Dass man sich schließlich unter dem Namen *Ciudadanos* auf die gesamtspanische Bühne begeben hat, war v.a. der Krise der PP geschuldet. Die Regierungspartei, die sich laut Justizermittlungen seit den 1990er Jahren systematisch mit Bestechungsgeldern finanziert, hatte vorübergehend so massiv an Zuspruch verloren, dass das Verfassungsregime von 1978 in Gefahr schien.

Ob *Ciudadanos*, die Züge einer «geklonten» Partei tragen, sich nun dauerhaft in der Parteienlandschaft etablieren werden können, ist nach dem enttäuschenden Wahlergebnis zweifelhaft. Anders als bei PODEMOS ist die Gründung von CIUDADANOS nicht von einem gesellschaftlichen Mobilisierungsprozess in der Bevölkerung getragen worden.

WAS PASSIERT MIT IZQUIERDA UNIDA?

Völlig offen ist auch das Schicksal von *Izquierda Unida* (IU). Das 1986 gegründete Linksbündnis kam nur auf 3,7 Prozent der Stimmen und wird damit nur noch zwei Abgeordnete ins Parlament entsenden. Die Krise von IU wird von den meisten BeobachterInnen mit den extrem bürokratisierten Parteistrukturen, der Unfähigkeit vieler Parteikader, auf die neuen Protestbewegungen zuzugehen, und schweren Korruptionsfällen erklärt. Zwar hat seit 2011 auch eine vom neuen Vorsitzenden Alberto Garzón repräsentierte Öffnung und Verjüngung der Linkskoalition eingesetzt. Doch der Parteiapparat verhinderte bis zuletzt, dass sich diese Demokratisierung auch organisatorisch niederschlug.

Es war diese Haltung, die 2013 überhaupt erst die Gründung von PODEMOS ermöglichte. Damals nämlich hatte der Kreis um den späteren PODEMOS-Gründer Pablo Iglesias und andere jüngere Linke *Izquierda Unida* die Bildung einer «spanischen Syriza» für die Europawahlen 2014 vorgeschlagen. Doch die IU-Führung lehnte das Vorhaben ab – vor allem wohl, weil man fürchtete sich gegenüber jüngeren Linken wie dem durch das Fernsehen prominent gewordenen Iglesias nicht durchsetzen zu können. IU hielt an einer eigenen Kandidatur fest und schuf damit überhaupt erst die Voraussetzungen für den kometenhaften Aufstieg von PODEMOS.

Der Erfolg von PODEMOS ist für IU auch deshalb lebensbedrohlich, weil das spanische Wahlsystem kleine Parteien extrem benachteiligt. Während PODEMOS für einen Parlamentssitz 75.000 Stimmen benötigte (und die regierende PP gar nur 58.000), waren es bei *Izquierda Unida* 460.000 Stimmen. Vor diesem Hintergrund haben am Sonntag offensichtlich viele Linke taktisch gewählt. Das ist insofern bedauerlich, als IU sich bei diesen Wahlen sehr geläutert zeigte und eindeutiger die Positionen gesellschaftlicher Protestbewegungen verteidigte als PODEMOS. Die große Frage lautet nun, ob sich die Fraktionen des alten Apparats – auch in Anbetracht der desaströsen Finanzsituation der Koalition – gegenseitig zerfleischen werden oder ob die unter Alberto Garzón eingeleitete Öffnung weiter fortgesetzt wird und es vielleicht doch noch zu einem politischen Bündnis der gesamten Transformationslinken im Staat kommt.

HEGEMONIEWECHSEL IN KATALONIEN

Mit besonderer Spannung erwartet worden war auch das Wahlergebnis in Katalonien, wo das Autonomieparlament Anfang November die Loslösung von Spanien beschlossen hat. Innerhalb von 18 Monaten, so der Parlamentsbeschluss, soll eine katalanische Republik gegründet und eine eigene Verfassung ausgearbeitet werden. Dass dieser Konflikt – immerhin geht es um den territorialen Zerfall des zweitgrößten Flächenstaates in der EU – noch nicht weiter eskaliert ist, hat v.a. damit zu tun, dass sich die beiden Unabhängigkeitsparteien bislang nicht über die Regierungsbildung einigen konnten. Die von Liberalen, Konservativen, Linksrepublikanern und gemäßigten Linken gebildete Einheitsliste *Junts pel Sí* pocht darauf, dass der Liberale Artur Mas Ministerpräsident bleibt. Die antikapitalistische und feministische *Candidatura d'Unitat Popular* (CUP) hingegen fordert einen Bruch mit der neoliberalen Politik, sprich: Stopp aller Privatisierungen und umfangreiche Sozialprogramme.

Vor diesem Hintergrund galten die Wahlen als Stimmungsbarometer. Das Ergebnis sollte Auskunft darüber erteilen, wie sich die Kräfteverhältnisse innerhalb des «souveränistischen» Lagers, das das Selbstbestimmungsrecht Kataloniens verteidigt, entwickelt haben. Nachdem die linksradikale CUP mit dem Hinweis, dass man im spanischen Parlament nichts mehr zu suchen habe, zur Wahlenthaltung aufgerufen hatte, war bereits damit gerechnet worden, dass viele Bewegungslinke dem von der Bürgermeisterin von Barcelona Ada Colau unterstützten Bündnis *En Comú Podem* (aus PODEMOS, IU, der linksgrünen Regionalpartei ICV und verschiedenen Kommunallisten) ihre Stimme geben könnten und *En Comú Podem* damit stärkste Partei werden würde.

Diese Vorhersage hat sich bewahrheitet. Unter ihrem Spitzenkandidaten Xavier Domènech, einem jüngeren marxistischen Intellektuellen, kam das Bündnis auf mit 24,7 Prozent und 12 Sitze, während die liberal-konservative *Democràcia i Llibertat*, die Nachfolgeorganisation der langjährigen Regierungspartei *Convergència* nur auf 15,1 Prozent und 8 Sitze kam. Stärkste Kraft innerhalb der Unabhängigkeitsbewegung wurde die linksrepublikanische *Esquerra Republicana de Catalunya* mit 16 Prozent und 9 Sitzen (Die PSOE erzielte 15,7 Prozent, die PP 11,1 Prozent). Damit zeichnet sich ab, dass parallel zur Unabhängigkeitsbewegung der letzten Jahre auch ein Linksruck in der katalanischen Gesellschaft stattgefunden hat.

PODEMOS STÄRKSTE PARTEI IM BASKENLAND

Bemerkenswert ist auch das Ergebnis im anderen großen Unruheherd der letzten Jahrzehnte im spanischen Staat, dem Baskenland. Hier wurde PODEMOS mit 25,3 Prozent deutlich vor der christdemokratischen Baskisch-Nationalistischen Partei (PNV) mit 19,2 Prozent, der spanischen Rechten PP-UPN mit 15,5 Prozent und dem linken Unabhängigkeitsbündnis EH BILDU mit 13,9 Prozent stärkste Partei. Als Linksruck ist das Ergebnis in der Region dennoch nicht zu bewerten. PODEMOS trat im Baskenland mit einem sehr sozialdemokratischen Profil auf und wuchs vor allem Kosten von EH BILDU, die bei den letzten Wahlen noch auf fast 25 Prozent gekommen war und im Wahlkampf offen für sozialistische und feministische Positionen warb.

REGIERUNGSMEHRHEIT IM STAAT

Nach dem unklaren Ergebnis werden die Wirtschaftsverbände, Medienkonzerne und europäischen Regierungen PP und PSOE mit Sicherheit zur Bildung einer Großen Koalition drängen. Für die spanische Sozialdemokratie, die den Zerfall der griechischen PASOK vor Augen hat, birgt dieser Weg allerdings unkalkulierbare Gefahren. Deswegen ist durchaus wahrscheinlich, dass schon in wenigen Monaten erneut gewählt werden muss.

Aus Perspektive jener Linken, die für einen Bruch mit dem 1978 etablierten Staatspakt plädieren, wäre eine Phase politischer Instabilität nicht das schlechteste Szenario. In der jetzigen Situation kann sich niemand Illusionen hinsichtlich einer Mitte-Links-Regierung machen, was eine Reaktivierung der sozialen Bewegungen erleichtern könnte. Völlig offen ist nach wie vor auch die weitere Entwicklung des katalanischen Konflikts. Falls sich die Unabhängigkeitsparteien *Junts pel Sí* und CUP nächste Woche doch noch auf die Bildung einer Regierung verständigen sollten, könnten die Gründung einer katalanischen Republik und die Debatte einer neuen Verfassung dort Form annehmen, während in Madrid keine handlungsfähige Regierung im Amt ist. Das Machtgefüge würde dadurch so sehr durcheinander gewirbelt, dass möglicherweise auch in anderen Regionen des spanischen Staates grundsätzlichere Veränderungen denkbar würden.

Raul Zelik war 2015 Fellow der Rosa-Luxemburg-Stiftung und veröffentlichte unlängst «Mit Podemos zur demokratischen Revolution? Krise und Aufbruch in Spanien» (Verlag Bertz&Fischer).